



BISS-Plakat zur Landtagswahl gestohlen mehr auf Seite 2



Wie weiter mit Klimaschutz in BS? Dr. Bernhard Piest

Erste Details aus dem aktualisierten Klimaschutzkonzept 2.0

Am 5.10.2021 wurde vom Rat der Stadt der „Richtungsbeschluss – Klimaschutzkonzept 2.0“ verabschiedet. Zentraler Punkt war das Ziel, Klimaneutralität „nach Möglichkeit bis 2030“ zu erreichen, ein mutiger und ambitionierter Beschluss, und damit steht Braunschweig zusammen mit anderen norddeutschen Städten wie Göttingen und Osnabrück an vorderster Stelle.

Hannover und Oldenburg hinken mit dem Ziel „2035“ etwas hinterher. Doch das entscheidende ist ja nun die Umsetzung, und dabei muss sich erweisen, wie ernst es die Stadt wirklich meint.

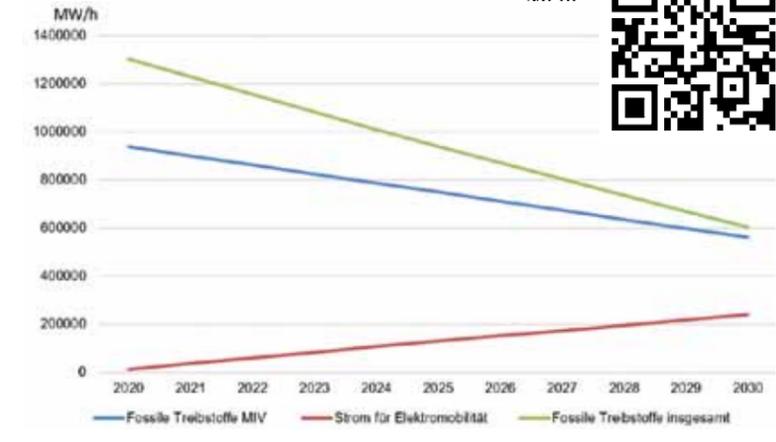
Nach den Sommerferien soll das Konzept in detaillierter Form dem Rat präsentiert werden, das wäre der erste Schritt. Am 9.6.22 wurden an einem Runden Tisch die Ratsfraktionen und andere Beteiligte wie Fridays for Future vom Umweltdezernenten Her-

litschke und dem Klimaschutzmanager Hots vorinformiert.

Welche Ergebnisse deuten sich in diesen Mitteilungen an?

Von Klimaneutralität wird Braunschweig nach diesen Plänen 2030 weit entfernt sein. Es heißt: „Es verbleibt ein Rest von 0,46 Mio t CO₂ / Jahr“. Die Prozentzahlen der Reduktion seit 1990 werden leider nicht genannt, lassen sich aber errechnen. Es ergibt sich ein Minus von 80% (mit Vorbehalt) gegenüber 1990. Es bleibt also ein dicker Batzen übrig.

Wie ist das einzuschätzen? Der Klimabeschluss lautete: „nach Möglichkeit“ sollen die Ziele erreicht werden. Da bleibt also viel Spielraum! Will die Stadt ihre Möglichkeiten nach den Plänen wirklich ausschöpfen? Einen Hinweis gibt eine Grafik der Präsentation für den Runden Tisch über die prognostizierte Entwicklung des Verkehrs, genauer gesagt des Energiebedarfs des motorisierten Individualverkehrs MIV.



Klarstellungen zu Wasserstoff

Völliges Missverständnis im Umgang mit Wasserstoff (H₂): den mühsam gewonnenen Wasserstoff verbrennen zu wollen, wäre äußerst misslich –

Warum?

Es geht doch gar nicht nur um Kohlendioxid (CO₂), sondern vor allem auch um die hohen Verbrennungstemperaturen und die dadurch entstehenden Stickoxid-Verbindungen (NO_x) sowie Stäube.

Deshalb:

– wir müssen unbedingt weg von der Verbrennung! Egal ob in Motoren oder in Kraftwerken.

Schon vergessen? Die CO₂-Problematik wäre bei Verbrennung von Wasserstoff zwar nicht vorhanden, weil pures Wasser H₂O anstelle von CO₂ entsteht.

Das Problem sind aber die – ebenfalls bei einer Verbrennung – entstehenden NO_x-Verbindungen, die ja bekanntlich bei den immer noch schwelenden Abgas-Skandalen bei VW und anderen AutoKonzernen aufgedeckt wurden – schon vergessen?

Brennstoffzelle statt Verbrennung:

Zielführend kann daher nur sein, von jeglicher Verbrennung ganz weg zu kommen – und das geht mit innovativer Technik – also z.B. mit der Brennstoffzellen-Technik (**Verbrennung** ist und bleibt nämlich **NULL innovativ**, das konnten schon die Steinzeitmenschen kurz nach Nutzbarmachung des Feuers ...)



Foto: Sina Schuldt / dpa

So bekommen die E-Autos den benötigten Antriebsstrom durch eine chemische Reaktion, also ohne CO₂-Problematik, und vor allem: ohne hohe Temperaturen, ohne Stickoxide!

P.S. Noch ein Wort zu den seitens der Automobilhersteller lancierten E-Fuel Idee ... das wäre wieder nur eine verkrampte Verzögerung zu Gunsten des Verbrennungsmotors, zwar profitabel und verständlich aus Sicht von BMW, VW und Co. mit ihren hochwertig ausgereizten Patenten, aber ganz schlecht für Klima und Umwelt.

Im übrigen hatten wir das Thema Wasserstoff in den letzten dreieinhalb Jahren immer wieder auch für Braunschweigs Gremien im Rat und seinen Ausschüssen thematisiert – in Unser-Braunschweig Ausgabe Nr. 22.

– da fehlte aber bis vor kurzem der fruchtbare Boden, wodurch wir hier (Stadt Braunschweig, BS-Energy u.a.) hoffnungslos dem jetzt angelaufenen Trend – weg von den Fossilen, hin zu den Erneuerbaren – hinterherhinken. Die Stadt schaffte immerhin auch schon einen Hyundai-H2-PKW an ... aber selbst das noch gar nicht so alte Nieders. Forschungszentrum für Fahrzeugtechnik (NFF) am TU-Flughafen-Campus ignorierte wohl beim Bau bis vor kurzem den Wasserstoff bei den neu errichteten Motor-Prüfständen und setzte auf Weiterentwicklung für Verbrennertechnik. *ros*

BIBS unterstützt Landtags-Einzelkandidaturen zur Landtagswahl am 9. Oktober 2022:

Wir mischen uns ein und setzen zur Landtagswahl in Niedersachsen unsere Themen auf die Tagesordnung:

In den Wahlbereichen 1 (Nord), Andreas Wolter, und 3 (West), Peter Meyer, haben sich Aktive der Bürgerinitiativen entschlossen, als Einzelkandidaten zu kandidieren.

Damit soll gewährleistet werden, dass Themen wie

- ausreichende Krankenhausfinanzierung,
- Verkehrs- und Klimawende,
- soziale Gerechtigkeit und vor allem auch
- AntiAtom-Themen in den Mittelpunkt der Politik rücken.



Gemeinsam mit über 300 TeilnehmerInnen waren wir gestern bei der Kundgebung anlässlich des ukrainischen Unabhängigkeitstags auf dem Schlossplatz unterwegs.

Unser Ratsherr Dr. Bernhard Piest durfte neben anderen RednerInnen ein solidarisches Grußwort an alle TeilnehmerInnen und UkrainerInnen in Braunschweig richten.

Krieg und Frieden

Die Kriegs-Verbrechen sind zu groß und eine Abkehr vom Größenwahn Putins gestaltet sich schwierig. Die Friedensbewegung will Frieden und schreibt Briefe.

Friedensvertrag und Garantien

Den direkten Anrainerstaaten Russlands – aus Skandinavien, dem Baltikum, aus Polen bis nach Georgien und natürlich der Ukraine selbst – nützen keine guten Ratschläge.

weiter auf Seite 4

Diskriminierung in der Stadtverwaltung

Antidiskriminierungsstelle bei der Volkshochschule

Seit dem 1. Juni dieses Jahres gibt es eine Antidiskriminierungsstelle in Braunschweig. Zuvor veranstaltete die Stadt Braunschweig 2019 den Fachtag „Antidiskriminierungsarbeit in der Stadt Braunschweig“.

Gut 120 Personen aus über 20 Institutionen und Vereinen beschäftigten sich auf Einladung der Stadtverwaltung mit dieser Thematik. Knapp drei Wochen später fand die Vorstellung der Ergebnisse im Ausschuss für Integrationsfragen statt. Unabhängig arbeitende

Antidiskriminierungsstellen können für Betroffene einiges bewirken. Da ein unabhängiger Träger nicht vorhanden sei, sei die Übertragung auf die Volkshochschule als Träger für drei Jahre eine gute Lösung, so verlautete es unisono im Braunschweiger Rat.

Die Volkshochschule ist eine 100%ige Tochter der Stadt. SPD und CDU begrüßten die Einrichtung der Stelle. Die Vertreterin der Grünen wies im Verlauf der Ratssitzung darauf hin, dass das Ausmaß des Bedarfs anfangs nicht bewusst gewesen sei. Sie verwies auf eine ihrer Ansicht nach ein-

druckvolle Ausstellung im Haus der Kulturen: Die Ausstellung „Wir melden uns zu Wort“ zeigte damals schon anschaulich die Benachteiligungen und Folgen von Rassismus.

Jedoch eines der für diese Ausstellung eingereichten Alltagsbeispiele fehlte.

Rassismus in der Stadtverwaltung

Im selben Jahr 2019, in dem nach außen über Antidiskriminierungsarbeit konferiert wurde, sah die Wirklichkeit innen, im Fachbereich Schule, anders aus.

----- forderte ihm unterstellte Mitarbeiterinnen Anfang August 2019 unverhohlen auf, eine ihrer Kolleginnen „...kopfüber über dem Bohlweg aufzuhängen“ und sie „zu steinigen“.

Der vermeintliche Geburtsort der Betroffenen war für ihn der Beweis, dass diese Behandlung für so eine Frau passend wäre. Einer Mitarbeiterin, die ihm widersprach, offenbarte er Gründe dafür, weshalb man solche Frauen aufhängen und steinigen dürfe und lieferte sein rassistisches Gedankengut der Nazi-Zeit gleich hinterher:

Wer hätte das gedacht - WASSERSTOFF-Züge!

Welch eine überraschende Neuigkeit aus Niedersachsen (genauer bemerkt, sogar aus Salzgitter) und hier unser Titel von Mai 2019 - also vor drei Jahren ...

UNSER-BRAUNSCHWIG
Die Zeitung der Bürgerinitiativen | **B·I·BS**

Nr. 22 | 10. Jahrgang | 130.000 Exemplare | www.buergerinitiativen-braunschweig.de | April/Mai 2019

VW-Flughafen?
VW ist zwar Hauptnutzer des Flughafens - aber immer mehr bezahlen sollen Braunschweig und Wolfenbüttel ...

Politik verpennt die Zukunft
Die BI/BS-Fraktion war erfolgreich mit einem Impuls in die Gremien, für neue Antriebstechniken den Regionalverband, die Allianz für die Region und Metropolregion sowie die kommunalen Wirtschaftsförderungsstellen von Salzgitter und Braunschweig Zukunft GmbH einzuschließen ...

Der Impuls fiel auf fruchtbaren Boden
Die Regional-Verbandsversammlung vom 25.2.2019 hat beschlossen: „Wasserstoff-Tankstellennetz regional ausbauen - effiziente Brennstoffzellentechnologie auf den ...“

Der Wasserstoff-Zug aus der Region elektrifiziert die Medien und Delegierten aus ...



Peter Meyer Einzelkandidat für die Landtagswahl

In meiner Funktion als 2. Vorsitzender der Bürgerinitiative Strahlenschutz e.V. Braunschweig vertrete ich für die Landtagswahl 2022 die Themen der BISS.

Dazu gehört die Forderung nach einem verantwortungsvollen, und vor allem strahlenschutzrechtlich korrekten Umgang mit radioaktiven Stoffen, sowie die Information der Bevölkerung und der Politik zur Situation der Atomfirma Eckert & Ziegler in Braunschweig.

Die BISS engagiert sich seit 2011 dafür, dass die Atomfirma Eckert & Ziegler endlich die Strahlenschutzverordnung strikt einhalten soll. In diesem Zusammenhang unterstützt die BISS die Anwohner, die juristisch gegen die enorm hohe,

gefährliche und rechtlich sehr bedenkliche Strahlengenehmigung der Atomfirma Eckert & Ziegler klagen.

Aktuell informiert die BISS die Kommunalpolitik, indem sie in persönlichen Gesprächen mit dem Oberbürgermeister von Braunschweig, Dr.Th.Kornblum, und auch mit dem Umweltminister von Niedersachsen, Minister Olaf Lies, über die Möglichkeiten spricht, wie das Risiko, das von der Atomfirma Eckert & Ziegler ausgeht, reduziert werden könnte.

Allerdings haben Braunschweig und das Land Niedersachsen seit 10 Jahren nicht gerade eine gute Figur gemacht.

Meldung ! Meldung ! Meldung !

Diebstahl in Thune

Peter Meyer von der Bürgerinitiative Strahlenschutz (BISS) tritt als Einzelkandidat für den Landtag an und vertritt dabei die Themen der BISS e.V.

Darum werden einige BISS-Plakate als Informationstafeln im Stadtbild aufgestellt.



Nun ist eines der BISS-Plakate in der Nacht zwischen dem 19. und 20. August gestohlen worden.

Vorher ...

Das Bild auf dem Plakat zeigt praktischer Weise direkt zum Standort von Eckert & Ziegler.

Nachher ...

Atomüll-Lager-Plakat ist weg.

Wir haben natürlich Strafanzeige gestellt. Wenn jemand etwas gesehen hat, dass uns hilft das Plakat wiederzubekommen, dann melde Sie/Er sich bitte bei uns. Telefonisch, per Email oder per Brief über unsere Kontaktseite auf der Homepage.



Brandschutz? Was ist das? Störfälle? Kennen wir nicht!

Wenn Schulen geschlossen werden, weil Papierzeichnungen der Kinder im Pausenraum als Brandgefahr gelten, dann fasst sich der normale Bürger an den Kopf. Aber Brandschutz muss ja sein. Ok!

Wenn ein Laster gegen die Autobahnbrücke der A2 fährt, dann wird die Brücke wochenlang gesperrt und untersucht. Nachgucken muss man ja. Ok!

Aber wenn 10 Jahre lang in einem Atombetrieb mitten in einem Wohngebiet und direkt neben Schulen, Kindergärten, einer KiTa und einem Jugendzentrum der laut TÜV SÜD notwendige Brandschutz nicht umgesetzt wird, dann ... passiert nichts, außer „wir machen jetzt so schnell wie möglich“.

Jetzt... ist aber viel zu spät. Nicht OK!

Und wenn Unfälle in einem Atombetrieb nicht direkt zu einer Katastrophe mit der Evakuierung von 300.000 Anwohnern und vielen Toten führen, dann ist das nur ein „Anormaler Betriebszustand“.

Und alles, was nicht zu einer Katastrophe führen kann, weil es per Definition nicht zu einer Katastrophe führen darf, wird nicht sicherheitstechnisch bewertet.

Das alles sagt das Umweltministerium Niedersachsen in einem Gespräch mit der BISS und OB Dr. Kornblum am 16. August 2022.

Darum sind auch die Ursachen der Unfälle von 2017/2020/2022, sorry „Meldepflichtigen Ereignisse“, nicht sofort erkannt worden und die Atomfirmen dürfen weiterarbeiten. Allerdings wird jetzt verstärkt auf die Messergebnisse bei Eckert & Ziegler geschaut, damit man frühzeitig erkennt, falls es doch zu einer Katastrophe kommen sollte.

Bitte nicht..... Oberbürgermeister Dr. Kornblum hat in dem Gespräch am 16. August 2022 zumindest erkannt, dass der Brandschutz bei Eckert & Ziegler schnellstmöglich umgesetzt werden muss.

Aber kann er etwas tun?

Bisher hat die Stadt Braunschweig immer auf Hannover gezeigt, wenn es um Verantwortung für das notwendige Handeln gegenüber Eckert & Ziegler ging.

Und was kann unser OB Dr. Kornblum noch tun? Das wollen wir auch weiterhin mit ihm klären, und erwarten weiterhin seine Kooperationsbereitschaft.

Leider sind immer noch genügend andere Punkte offen, die auch die Anwohner*innen juristisch geklärt haben möchten, die die Strahlengenehmigung des NMU für Eckert & Ziegler beklagen.

Alle, wirklich alle Verantwortlichen (NMU, Stadt BS, Gewerbeaufsichtsamt), sagen, dass der Standort der Atomfirma Eckert & Ziegler niemals_wieder_genehmigt würde. Warum tun dann Braunschweig und das NMU so wenig gegen eine Erweiterung von Eckert & Ziegler?

Unterstützen Sie die BISS.



BISS e.V.

PTB-Atomüll-Lager

Auf dem Gelände der PTB werden aktuell 161 Tonnen radioaktives Material zwischengelagert, bis es in ein Endlager verbracht wird.

Im Falle eines Unfalls, wie z.B. einem Brand des Zwischenlagers ist die betriebseigene Werksfeuerwehr der PTB zuständig.

Sollte es jedoch zu einem größeren Einsatz kommen, muss auch die Feuerwehr der Stadt unterstützend tätig werden. Dafür sind unbedingt Kenntnisse über die Örtlichkeiten sowie gemeinsame Absprachen und Übungen notwendig.

Dies könnte im Zuge einer Brandverhütungsschau durch die städtische Feuerwehr geschehen. Bislang hat eine solche Brandschau jedoch nicht stattgefunden.

Breits in der Vergangenheit hat unser Stadtbezirksrat Sven-Christoph Schütt auf diese Problematik hingewiesen.

Vor einigen Wochen haben wir die Vorarbeit unseres Bezirksrats genutzt und im Ausschuss

für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung angefragt, ob die Verwaltung eine regelmäßige Bandschau in der PTB plant. Zudem haben wir auf die Sinnhaftigkeit eines Flugbeschränkungsgebiets über der PTB verwiesen, um Abstürze über dem Zwischenlager auszuschließen.

Für eine Flugbeschränkung ist die Stadt Braunschweig nicht zuständig, da dies im Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur liegt. Jedoch gibt es auch sehr erfreuliche Nachrichten! Auf

unsere Nachfrage und die Bemühungen unseres Stadtbezirksrates hin, hat die Stadt angekündigt, dass es noch in diesem Jahr eine Brandschau bei der PTB und explizit im Zwischenlager geben wird und diese alle 5 Jahre wiederholt werden soll. Wir freuen uns, dass der Schutz vor Strahlungsunfällen in Braunschweig nun noch besser gewährleistet werden kann!

BIBS-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig



Wer ist die BIBS? Eine Bürgerinitiative und keine Partei. Sie ist keiner Ideologie, keinen Wirtschaftsinteressen, sondern einzig und allein den Mitbürgerinnen und Mitbürgern verpflichtet! Wählen Sie BIBS, damit Werte wie Verantwortung, Mitmenschlichkeit und Respekt in der Braunschweiger Kommunalpolitik wieder Einzug halten.

BIBS: damit die Bürger:innen die Kontrolle über ihre Stadt behalten.

BIBS: damit Ihre Meinung wieder gefragt ist, damit Braunschweig nicht zum Konzern verkommt.

BIBS: damit unsere Kinder in dieser Stadt eine lebenswerte Zukunft haben.

BIBS: damit es gut ist, in Braunschweig zu leben.



Andreas Wolter

aus Braunschweig gibt hiermit seine Direktkandidatur für die Landtagswahl in Niedersachsen am 09.10.2022 für den Wahlkreis 1, Braunschweig-Nord bekannt.

Die Politikausrichtung von Dipl.-Ing. Andreas Wolter (58), von Beruf Maschinenbauingenieur, zielt auf nachhaltige Lösungen der drängendsten Probleme der Gegenwart. In seinem Fokus steht auch das Thema Klimaziele und soziale Gerechtigkeit.

Der Ukraine-Krieg und seine ökonomischen und energiewirtschaftlichen Folgen stehen im Fokus und prägen die wirtschaftliche Gesamtsituation. Unvermindert wichtig ist jedoch die Einhaltung der Klimaziele. Unterstrichen wird dies durch Überschwemmungen in den USA, Dürren und Waldbränden in Europa und China. Der Sommer 2022 gilt schon jetzt als der weltweit größte Dürre-Sommer seit über 500 Jahren.

Der aktualisierte Bericht des Weltklimarats vom März 2022 zeigt zur Abwendung der globalen Kippunkte einen Handlungszeitraum von nur noch wenigen Jahren. Darum ist eine Schärfung der Klimaziele notwendig (1,5°-Ziel). Wegen der Rekord-Inflation und der drohenden Energiekrise ab Herbst als Folgen des Angriffskrieges auf die Ukraine werden wieder Kohlekraftwerke in Betrieb genommen. Es gibt Forderungen aus Wirtschaftsverbänden für den Weiterbetrieb und sogar Neubau von Kernkraftwerken. Letzteres ist gänzlich unakzeptabel und keine Lösung. Das Ziel der Bundesregierung, bis 2030 den Energiebedarf zu 80 Prozent aus erneuerbaren Energien zu decken, um die Erderwärmung zu begrenzen, scheint gefährdet.

Was haben Klimaziele und Soziale Gerechtigkeit miteinander zu tun?

Das einkommensschwächste Drittel der Bevölkerung ist von Inflation und Energiepreissteigerung am stärksten betroffen. Die Anteile am Gesamtenergieverbrauch betragen laut statistischem Bundesamt für Gewerbe 16%, Industrie 26%, Verkehr 28% und Haushalte 30%. Die Ausgaben privater Haushalte betragen 2020 auszugsweise 15,4% für Nahrungs- & Genussmittel, 36,8 % für Wohnen und Energiekosten und 12,9% für Verkehr. Bei einem Durchschnittshaushalt beträgt die Summe notwendiger Ausgaben etwa 75% des Einkommens, bei Haushalten mit niedrigem Einkommen sogar bis zu 100%. Inflation und Energiepreissteigerung erhöhen die Kosten noch, ein Einsparpotential besteht für einkommensschwache Haushalte nicht. Dies gilt auch für viele Rentner und Studierende, zunehmend auch für Haushalte mittleren Einkommens. Für teurere Produkte und Dienstleistungen aus nachhaltiger, klimaneutraler Produktion steht keine Kaufkraft zur Verfügung. Für genannte Haushalte bleibt somit kaum Möglichkeit, auf diese Produkte umzusteigen. Die Folge ist ein Rückgang der Nachfrage klimafreundlicher Produkte am Markt.

Was sind die Ursachen dafür?

Der Regelbedarf wird in fünfjährigem Rhythmus vom Statistischen Bundesamt errechnet. Basis hierfür ist das Regelbedarf-Ermittlungsgesetz (RBEG). Bezug genommen wird auf die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die auf einer freiwilligen Haushaltserhebung basiert. Dieses Vorgehen stellt nicht mehr die Lebensrealität dar. Auch ist die Abbildung des Status Quo weit entfernt von



gesellschaftlichen Zielen wie der Erreichung von Klimaneutralität. Angesichts hoher Inflation und rasant steigender Energiepreise ist die Ermittlung des Regelbedarfs ungeeignet. Notwendig ist eine kurzfristigere und dynamischere Erstellung der Bemessung.

Was wäre die Lösung?

Durch eine gezielte Bevorzugung klimaneutraler Produkte (Verzicht auf Mehrwertsteuer), eine Begünstigung von klimaneutral und fair produzierenden und handelnden Betrieben (Unternehmenssteuer) und eine gezielte Unterstützung sämtlicher einkommensschwacher Menschen können auch in der gegenwärtigen Krisenzeit die Klimaziele erreicht werden. Der Klimawandel macht keine Pause und wird sonst schnell zur Klimakatastrophe. Es muss jetzt gehandelt werden!

BIBS-Kandidat Andreas Wolter: „Gesundheit ist keine Ware“

Die Unterschriftenaktion hält den Druck auf die Politik aufrecht. Unser Klinikum muss kommunal erhalten bleiben.

Versäumnisse in der Krankenhausfinanzierung der letzten Jahre gefährden diese wichtige öffentliche Daseinsvorsorge. Seit einem Jahr mobilisiert die BIBS mit Unterschriften-Sammlungen und Infoständen für den Erhalt des kommunalen Klinikums. Die Forderung an die Braunschweiger Abgeordneten des Landtags und Bundestags war, endlich ihre Arbeit zu machen und für eine auskömmliche Krankenhausfinanzierung zu sorgen.

Warum ist das wichtig?



Klinikum in der Holwedestraße.

Foto: TeWeBs, CC BY SA 3.0 b9360b5aa7.jpg

In Folge einer Privatisierung gäbe es noch weniger Geld, denn die Aktionäre von Helios und Co. würden ja Gewinne abschöpfen. Das stünde den Kranken dann nicht mehr zur Verfügung. Die Qualität sinkt.

Brauchte es erst eine Pandemie für diese Erkenntnis? Die Gesundheit des Menschen setzt gesunde Krankenhausfinanzen voraus. Ist diese simple Erkenntnis so schwer zu verstehen oder ist es der Politik egal, weil zunächst auf persönliche Karrieren geachtet wird?

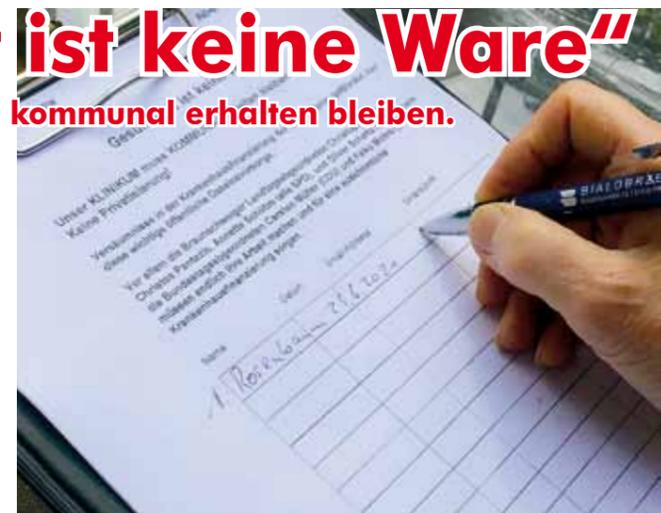
Leider ist das wohl so, denn die Parteien im Rat stehen immer noch hinter dem Plan, die riesige Investitionssumme für den Umbau des Klinikums (sog. „2-Standorte-Konzept“) von fast 800 Millionen € selbst stemmen zu können. So wurden Grundstücke und alte Klinikgebäude verkauft oder Einsparungen beim Personal vorgenommen (und damit die Arbeit noch weiter verdichtet).

Das wurde seit 2014 verkauft: – das alte Krankenhausgelände Am Langen Kamp – das Grundstück mit dem sog. Technischen Krankenhaus an der Celler Straße.

Ein ähnliches Schicksal droht auch der altherwürdigen Holwedestraße (Bild), wenn nicht endlich durch die Politik umgesteuert wird. Dabei ist offensichtlich, dass mit Verkaufserlösen unter 10 Mio. € der Investitionsbedarf von 800 Mio. € in keiner Weise zu decken ist.

Verkauf des Klinikums zunächst abgewendet?

Die drastische Worte des Ex-OB Markurth am 1. Mai 21 auf dem Burgplatz hallen nach: Das Land kommt aber immer noch nicht der Pflicht nach, die Klinikbauten zu finanzieren. Die Landespolitiker möchten diese Kosten immer noch den Beschäftigten, dem Pflegepersonal und den Ärzt:innen aufbürden. So zahlt das Land nur rd. 205 Mio. € Baukostenzuschüsse. Für die restlichen 595 Mio. € soll das Klinikum selbst sorgen durch Einsparungen an der Pflege, schlechterer Bezahlung des Personals und Kürzungen beim Pflegematerial. Schafft es das nicht, droht immer noch die komplette Privatisierung! Davor hatte Markurth ganz deutlich mit Blick auf die Zustände in Salzgitter, Peine, Gifhorn, Helmstedt und Goslar (Helios und Asklepios) gewarnt. Die Stadt ächzt inzwischen unter dem riesigen Kreditbedarf für das (noch) städtische Klinikum, der selbst von der Braunschweigischen Landessparkasse (BLSK) allein nicht mehr gestemmt werden kann bzw. darf. Deshalb soll jetzt eine Schuldschein-



Finanzierung auf den weltweiten Finanzmärkten helfen. Aber wollen wir Braunschweiger:innen, dass unser Klinikum mit seinem hervorragenden Ruf an den internationalen Finanzmärkten zum Spekulationsobjekt wird?

Partei-Politiker:innen tauchen ab

Unsere Landespolitiker:innen hat Markurth bereits am 3. März 2021 in der BZ gemahnt „Klinikum: Markurth sieht Land in Pflicht“ und hat auch im Rat der Stadt Ende 20 und nochmals Anfang 21 deutliche Worte gefunden. Zusätzlich rief er vor einem Jahr auch noch alle Fraktionsvorsitzenden des Stadtrates zu einer online-Konferenz zusammen ... die Botschaft vor allem auch an seine Landtagsabgeordneten, von denen ja fünf zugleich im Rat saßen, war eindeutig: Die Krankenhausfinanzierung krankt! Das Klinikum muss endlich – ähnlich wie längst die Standorte in Hannover und Göttingen – vollständig durch Landesmittel abgesichert werden!

QR-Code: Podcast zum Stillstand beim Klinikum seit einem Jahr



BIBS ist ein Angebot von Bürger:innen an Bürger:innen, die in der Braunschweiger Parteienlandschaft keine wirkliche Vertretung mehr sehen.

BIBS bietet eine Alternative zu den Machtinteressen der Parteipolitiker:innen.

BIBS bildet ein Gegengewicht zu Lobbyismus und Vetternwirtschaft.

BIBS fordert eine lückenlose Informationspolitik und eine unparteiische Presse.

BIBS wendet sich gegen Privatisierungen.

BIBS überwindet Hass, Wut und Intoleranz.

BIBS tritt an für Respekt und Toleranz.

weiter von Seite 1

Diskriminierung

vorgeschriebenen Maßnahmen und Pflichten des Arbeitgebers gemäß dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz (AGG). Genau dieser Eindruck entsteht, nachdem die Betroffene den rassistischen Vorfall auf allen Hierarchieebenen über Monate vergeblich ansprach, um Schutz und Konsequenzen zu fordern.

Der Vorgesetzte ist bis heute im Amt, auf einen Antrag jedoch, mit dem die Betroffene um ihre Versetzung ersuchte, erhielt sie bis zu ihrem Ausscheiden Mitte 2021 keine Reaktion. Zentraler Gesichtspunkt der Fürsorgepflicht einer Dienststelle ist der Schutz bedrohter Mitarbeitender.

Hat die Verwaltung ihrer Verpflichtung genüge getan?

Strafanzeige

Auch wegen der fehlenden Konsequenzen seitens der Stadt erstattet die Betroffene im Februar 2020 Strafanzeige wegen „Rassismus und Sexismus“. Anfang 2021 räumt die Staatsanwaltschaft dem leitenden Beamten gegen Auflage einer Geldzahlung in Höhe von 750 € an gemeinnützige Einrichtungen die Möglichkeit ein, ein öffentliches Hauptverfahren abzuwenden. Aus Sicht der Staatsanwaltschaft handelt es sich somit bei dem zur Anzeige gebrachten Vorgang um ein Vergehen, das andernfalls zu einem öffentlichen Hauptverfahren mit einer öffentlichen Verhandlung geführt hätte und bei einer Wiederholung geradewegs führen würde. Diese Auflage nimmt der Städtische Mitarbeiter an und gesteht damit seine Schuld ein.

Die Betroffene geht

Der Täter bleibt in führender Position

während die Betroffene nicht weiterbeschäftigt wird. Die nach dem Angriff gebotene Fürsorge gegenüber der Diskriminierten fand nicht statt - im Gegenteil. Dienstrechtliche Konsequenzen gegenüber dem Täter sind bis heute nicht bekannt. Eine Anhörung der Betroffenen fand nicht statt. Drei Jahre hätte die Stadtverwaltung dazu inzwischen Zeit gehabt. Ebenso wurden Anfragen des Anwalts der Betroffenen bei der Stadtverwaltung auf Akteneinsicht kontinuierlich abgelehnt.

Welches der für die Ausstellung im Haus der Kulturen eingereichten Alltagsbeispiele bereits im Vorfeld aussortiert wurde? Genau das dieser Mitarbeiterin, deren Vorgesetzter während seiner Tätigkeit für die Stadtverwaltung zur Steinigung aufforderte, toleriert von all seinen Vorgesetzten.

sa/ede (Namen der Redaktion bekannt)

Elterinitiative

Am 31.08.2022 sollte im Braunschweiger Jugendhilfeausschuss über den Fortbestand der Finanzierung des Dachverbands der Elterninitiativen Braunschweigs (DEB) entschieden werden.



Dank dem Engagement vieler betroffener Eltern und ihren Briefen an Verwaltung und den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses, sowie einer Anfrage unserer Ratsfrau Bianca Braunschweig zu fehlender Beteiligung der Betroffenen am Entscheidungsprozess, konnte die für den 31.8.2022 geplante Entscheidung erstmalig aufgeschoben werden. Nun gibt es erstmalig Gespräche um eine Lösung zu finden, die für alle Beteiligten passt.



BIBS-Spendenkonto Nr. 151 322 195
Braunschweig, L. andesspark, 250 500 00
IBAN: DE18 2505 0000 0151 3221 95

Mit einem Euro die nächste Ausgabe sichern.
Spendenkonto: Bürgerinitiative
Stichwort „Spende“.
Als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!

Impressum

Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
redaktion@buergerinitiativen-braunschweig.de
ViSdP: Werner Barnstorff, Pregelstraße 8,
38120 Braunschweig
Redaktion: Dr. Ingeborg Gerlach, Edmund Schultz
Druckerei: Funke Druckzentrum Braunschweig GmbH
Christian-Pommer-Straße 45, 38112 BS

Ladenzeile Leipziger Straße:

„Beherbergungsbetrieb“ neben der Prostitutionsstätte?

Seit Jahren bemüht sich die Initiativgruppe „Ladenzeile Leipziger Straße“ um eine Aufwertung des in die Jahre gekommenen dortigen Gebäudeensembles.

In der Sitzung des Bezirksrats BS-Süd am 10.03.2022 wurde die Verwaltung per einstimmigem Beschluss beauftragt, u.a. ein Leerstandsvermeidungskonzept zu entwickeln und zu prüfen, wie das Erscheinungsbild der Ladenzeile verbessert werden kann. In der folgenden Sitzung des Bezirksrates am 08.05.2022

wurde eine entsprechende Liste mit 600 Unterschriften an den Bezirksbürgermeister übergeben.

Am 30.06.22 teilt die Verwaltung nun mit, dass für die Immobilie Haus Nr. 203 (ehem. Bäckerei Tutschek) eine beantragte Nutzungsänderung genehmigt werden soll, mit dem Ziel, einen Beherbergungsbetrieb, ein sogenanntes „Boardinghouse“ einzurichten. Lt. Mitteilung der Verwaltung sollen hier Handwerkern und Monteuren „Übernachtungsmöglichkeiten“ geboten werden.

Nicht erwähnt wird, dass der geplante Beherbergungsbetrieb sich direkt neben der seit 2021 genehmigten Prostitutionsstätte

„Ladies Camp“ (Nr. 205) befindet. Es braucht nicht viel Fantasie zu der Annahme, dass diese beantragte Nutzungsänderung der von der Initiativgruppe geforderten Aufwertung der Ladenzeile entgegensteht und die BIBS



befürchtet ein weiteres „Abrutschen“ der Straße in den folgenden Jahren, sog. „Trading-down Effekt“, wie unlängst beim „Entertainment-Center“ an der Berliner Str., wo immer noch die Umwandlung einer Spielhalle in ein Bordell gerichtlich überprüft wird.

Die BIBS im Bezirksrat 211 und im Rat der Stadt stellt sich gegen die Umnutzungspläne und hat eine entsprechende Anfrage und einen Antrag gestellt, eine Veränderungssperre zu beschließen und einen neuen Bebauungsplan aufzustellen, zumal die alten B-pläne aus den fünfziger Jahren stammen, als Stöckheim noch selbstständig war.

Helmut Rösner, Bezirksrat

„Roselies“-Gedenken

Anlässlich des Überfalls herzoglicher braunschweigischer Truppen in Belgien 1914

Eingeladen waren sowohl die Stadt BS wie auch die BIBS.

Die BIBS hatte ab 2013 die schwere Geschichte aufgearbeitet und ab 2014 den Kontakt nach Belgien/Roselies hergestellt. Eigentlich war für dieses Jahr offiziell auch die Stadt

eingeladen, die aber leider absagte.

In diesem Jahr mit bedrückender Aktualität, da auch dort eine Garantiemacht das Völkerrecht brach ...



Ukraine Aktionstag von Fridays for Future am 3.3.22. Schluss mit fossilen Energien, die den Angriffskrieg finanzieren.

weiter von Seite 1

Krieg und Frieden

Da ist es Zeit, mal zu überlegen, warum die völkerrechtlichen Garantien für die Unverletzlichkeit der ukrainischen Grenzen, einschl. des Luft- und des Seeraums von 1994 (Budapester Memorandum) nicht greifen?

Es war doch alles bereits vereinbart, worüber Friedenspläne bis jüngst aus einer Vatikanrunde grübeln:

Artikel 1 die Verpflichtung (reaffirm commitment) der Signatarstaaten, Souveränität und bestehende Grenzen zu achten mit Verweis auf die Schlussakte von Helsinki als Grundlage für die Prinzipien der Souveränität, der **Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität.**

Artikel 2 bekräftigt erneut die Pflicht (reaffirm obligation) zur Enthaltung von Gewalt und verweist auf die Charta der Vereinten Nationen als Grundlage des Gewaltverbotes.

Artikel 3 bekräftigt mit nochmaligem Verweis auf die Schlussakte von Helsinki erneut die Verpflichtung (reaffirm commitment) zur Enthaltung von ökonomischem Zwang (economic coercion), um die Souveränitätsrechte

der Ukraine den eigenen Interessen zum eigenen Vorteil unterzuordnen („to refrain from economic coercion designed to subordinate to their own interest the exercise by Ukraine of the rights inherent in its sovereignty and thus to secure advantages of any kind“).

Artikel 4 bekräftigt erneut die Verpflichtung (reaffirm commitment), unverzüglich den Sicherheitsrat der UN zur Unterstützung der Ukraine einzuschalten, falls diese als Nicht-Nuklearwaffen-Staat und Teilnehmer des Atomwaffensperrvertrages mit Nuklearwaffen bedroht würde.

Artikel 5 bekräftigt erneut die Verpflichtung (reaffirm commitment) zur Enthaltung vom Einsatz von Nuklearwaffen gegenüber Nicht-Nuklearwaffen-Staaten, die Teilnehmer des Atomwaffensperrvertrages sind.

Artikel 6 enthält das Versprechen, sich bei Konflikten zu beraten („will consult“).

Alles das wurde bereits 1994 unterschrieben (und ist immer noch Rechtsgrundlage) von England, Russland USA als Sicherungs- und Garantiemächte der Ukraine.

Peter Rosenbaum

Ukraine: The Budapest Memorandum of 1994

The following is the text of the Memorandum on Security Assurances, known as the Budapest Memorandum, in connection with Ukraine's accession to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, signed Dec. 5, 1994.



The United States of America, the Russian Federation, and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland,

Welcoming the accession of Ukraine to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons as a non-nuclear-weapon State,

Taking into account the commitment of Ukraine to eliminate all nuclear weapons from its territory within a specified period of time,

Noting the changes in the world-wide security situation, including the end of the Cold War, which have brought about conditions for deep reductions in nuclear forces.

Confirm the following:

1. The United States of America, the Russian Federation, and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, reaffirm their commitment to Ukraine, in accordance with the principles of the CSCE [Commission on Security and Cooperation in Europe] Final Act, to respect the Independence and Sovereignty and the existing borders of Ukraine.

2. The United States of America, the Russian Federation, and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, reaffirm their obligation to refrain from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of Ukraine, and that none of their weapons will ever be used against Ukraine except in self-defense or otherwise in accordance with the Charter of the United Nations.

3. The United States of America, the Russian Federation, and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, reaffirm their commitment to

Final Act, to refrain from economic coercion designed to subordinate to their own interest the exercise by Ukraine of the rights inherent in its sovereignty and thus to secure advantages of any kind.

4. The United States of America, the Russian Federation, and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, reaffirm their commitment to seek immediate United Nations Security Council action to provide assistance to Ukraine, as a non-nuclear-weapon State Party to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, if Ukraine should become a victim of an act of aggression or an object of a threat of aggression in which nuclear weapons are used.

5. The United States of America, the Russian Federation, and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, reaffirm, in the case of the Ukraine, their commitment not to use nuclear weapons against any non-nuclear-weapon State Party to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, except in the case of an attack on themselves, their territories or dependent territories, their armed forces, or their allies, by such a state in association or alliance with a nuclear weapon state.

6. The United States of America, the Russian Federation, and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland will consult in the event a situation arises which raises a question concerning these commitments.

This Memorandum will become applicable upon signature.

Signed in four copies having equal validity in the English, Russian and Ukrainian languages.

BIBS-Bezirksrat Edmund Schulz hier bei einer Demonstration für Klima- und Verkehrswende

